

Chefsache

Peter Voith
über Bremens Enthaltung

Bremens grüne Basis lehnt den Asylkompromiss ab. Und die grüne Bürgermeisterin Karoline Linnert hat nicht die Traute, sich mit Parteifreunden anzulegen. Also enthält sich Bremen wie verabredet im Bundesrat – und sagt damit „Nein“.

Nun war die Enthaltung für die Annahme des Asylpakets zwar nicht entscheidend. Aber politisch ist das Signal an den Bund und die meisten anderen Länder verheerend. Denn dort bleibt hängen, dass Bremens rot-grüner Senat ein unsicherer Kantonist bleibt, dass an der Weser im Zweifel Symbolpolitik wichtiger ist als Realpolitik. Anders in Baden-Württemberg oder Hamburg – hier erkennen auch Grüne die Macht des Faktischen an.

Bremens SPD hat ihren Regierungspartner kritisiert. Aber mit Missfallensäußerungen ist es bald nicht mehr getan. Nicht mal vier Monate nach der Senatsbildung ist der Zustand von Rot-Grün alles andere als gefestigt. Ob bei Wohnungsbau, neuen Ressortzuschüssen oder jetzt Asyl – Einigkeit im Sinne politischer Handlungsfähigkeit sieht anders aus. Regierungschef Carsten Sieling ist zwar nur Erster unter Gleichen im Senat. Aber er ist halt Chef – vielleicht sagt ihm das mal einer. Bericht Seite 1
peter.voith@weser-kurier.de



Mario Lars

Grundrechtslos

Katharina Elsner
über Datenspeicherung

Nun also doch. Die Vorratsdatenspeicherung kommt zurück. Besser hätte es George Orwell in seinem Roman „1984“ nicht vorhersehen können: der „Große Bruder“, der alle auf Schritt und Tritt überwacht. Nur hat die Bundesregierung keine Utopie, sondern ein Gesetz geschrieben. Das zwingt Telekommunikationsanbieter zu speichern, wer wann und mit wem telefoniert oder gemailt hat. Anlasslos und flächendeckend. Zehn Wochen lang. Keine Frage, das Ziel ist ehrbar. Die Aufklärung von schweren Verbrechen und die Bekämpfung von Terror sind wichtig, sie dürfen vor der Digitalisierung nicht halt machen. Grundlose und massenhafte Überwachung ist dagegen nicht hilfreich: In Frankreich ist die Datenspeicherung bereits Praxis. Terroristische Anschläge hat sie aber nicht verhindert. Es ist ein Eingriff in unsere Grundrechte. Egal, mit wem wir digital kommunizieren, alles kann gegen uns verwendet werden. Außerdem: Wer garantiert, dass die Daten bei den Anbietern sicher sind, wirklich gelöscht werden? Sicher ist: Der Protest dagegen ist groß. Letztendlich muss Politik wohl wieder in Karlsruhe entschieden werden.

Bericht Seite 4
katharina.elsner@weser-kurier.de

Geben und Nehmen
zwischen Ankara und BrüsselMirjam Moll
über türkische Hilfe
in der Flüchtlingskrise

Wer glaubt, Europa hätte mit der Türkei seine Seele verkauft, liegt falsch. Während die Europäische Union schon damit überfordert ist, die Verteilung von 160 000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland unter sich auszumachen, haben Länder wie Jordanien, der Libanon und die Türkei schon Millionen – klaglos – aufgenommen. Erst jetzt, wo sich von dort immer mehr Menschen aus den überfüllten Lagern nach Europa aufmachen, kümmert sich die Union um ihre Nachbarn.

Zumindest haben die Mitgliedsstaaten den Willen dazu geäußert. Das Geld fehlt zwar weiterhin. Doch Europa kann nicht klagen, dass es an seine Grenzen stößt, wenn die Behörden in Ländern wie Deutschland nicht in der Lage sind, ihre Asylverfahren zu beschleunigen. Und wenn es gleichzeitig nicht alles daran setzt, schnelle finanzielle Hilfe für die Staaten zu organisieren, die seit Jahren mit der Situation überfordert sind.

Die nun geplante Zusammenarbeit mit der Türkei ist notwendig. Dennoch hat sie einen bitteren Beigeschmack. Denn nicht ohne Grund sind die seit zehn Jahren laufenden Beitrittsverhandlungen der EU mit Ankara in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten. Die Kritikpunkte, nach denen viele meinen, die Erdogan-Türkei habe in Europa nichts verloren, sind lang: der schlechende Wandel zu einem Präsidialsystem, das die türkische Demokratie immer weiter aus den Angeln hebt, die Knebelung der Presse bis hin zu Nach-

richtensperren, die Bevormundung des Volkes, die strafrechtliche Verfolgung jeglicher Kritik an der Regierung.

Gründe genug, um eine Gänsehaut zu bekommen, wenn die EU-Staats- und Regierungschefs beschließen, die Verhandlungen über eine türkische EU-Mitgliedschaft nicht nur wieder aufzunehmen, sondern ihnen auch noch neuen Schwung zu verleihen. Doch auch Erdogan muss klar sein, dass sich Europa nicht kaufen lässt – auch nicht, wenn es um Hilfe in der Flüchtlingskrise geht.

Ja, man wird Ankara weiter finanziell unter die Arme greifen müssen. Und ja, man ist darauf angewiesen, dass sich die Türkei in der Bekämpfung von Schlepperbanden aktiv beteiligt und ihre

bioten: Eine Schutzzone in Nordsyrien müsste zwar mit Hilfe der Vereinten Nationen erst aufgebaut werden, würde aber ein wichtiges Zeichen in der Krisenregion setzen und gut acht Millionen Syrern auf der Flucht wieder so etwas wie eine Chance auf eine Zukunft geben.

Wenn die Hilfesuchenden schon in der Türkei registriert und dann erst nach Europa weitergeleitet werden – und zwar nur jene, die auch eine Aussicht auf Asyl haben –, könnte auch der unkontrollierte Zustrom zu einem übersichtlichen Zulauf werden. Das vorgesehene Rücksendeabkommen bedeutet eine weitere Erleichterung für die Länder der EU, die bislang einen Großteil der Flüchtlinge aufgenommen haben.

Auf der anderen Seite wird Erdogan über kurz oder lang dazu gezwungen sein, sein Land wieder demokratischer zu machen, Pressefreiheit zu gewähren und eine Justiz vorzuweisen, die unabhängig entscheidet und zuverlässig aufklärt. Zumindest, wenn er nicht nur über einen EU-Beitritt verhandeln, sondern ihn zu einer echten Perspektive für sein Land machen will. Europa bekommt damit die Chance, etwas mitzugestalten, einen Wandel in einem Land anzuschließen, das auf dem besten Wege war, sich von ihm zu entfernen. Nur 13 der 35 Kapitel der Beitrittsverhandlungen wurden bisher überhaupt behandelt. Acht sind eingefroren, weil sich die Türkei seit Jahren standhaft weigert, Zypern als EU-Mitglied anzuerkennen. Früher oder später muss Ankara dies aber tun. Andernfalls wird Erdogan schon bald feststellen, dass der „neue Schwung“ allenfalls ein kleines Anschubsen war.

Aus der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei in der Flüchtlingskrise kann etwas Neues entstehen. Etwas, das womöglich auf die Region abfärben könnte. politik@weser-kurier.de

Auch Erdogan
muss klar sein,
dass sich Europa
nicht kaufen lässt.

Außengrenzen besser „kontrolliert“ – was ja im Klartext nichts anders heißt, als die Grenzen für Flüchtlinge, die nach Europa drängen, zu schließen. Das heißt aber nicht, dass die Türkei im Gegenzug Entgegenkommen bei den Vorgaben erwarten kann, die jedes Land erfüllen muss, bevor es Mitglied der Gemeinschaft werden kann.

Erdogan meint, mit dem Handel den größeren Gewinn gemacht zu haben. Aber es ist genau umgekehrt. Sicher, der türkische Präsident hat erreicht, dass seinen Staatsbürgern Visaerleichterungen winken. Doch die EU hat nicht nur durchgesetzt, dass die Türkei dabei hilft, Flüchtlingen eine Perspektive zu

Frankfurter Rundschau

über die Asylrechtsreform: „Der treffendere Name für die Gesetze wäre: Integrationsverhinderungs-Paket. Von November an werden Flüchtlinge wieder länger einkaserniert, sie bekommen Esspakete statt etwas Bargeld und sie werden länger vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Das alles kostet mehr Geld als bisher, es entwürdigt die betroffenen Menschen, es verzögert ihre Integration – und wird eines eben nicht erreichen: die Zuzugszahlen zu senken. Das Paket ist also im Kern ein verlogener Schnellschuss.“

Mitteldeutsche Zeitung

über Verpackungsmüll: „Eine neue Ära mit noch mehr Verpackungen hat begonnen. Hier werden riesige Ressourcen verschwendet. Um dies zu stoppen, brauchen wir einen Neuanfang in der Abfallpolitik. Dazu zählt die Stoffgruppen, die fürs Recycling separat gesammelt werden, auszuweiten. (...) Und: Es ist längst Zeit für einen neuen Ehrgeiz und höhere Verwertungsquoten beim Recycling. Das wäre ein enorm wichtiger Schritt.“

Eisenacher Presse

über VW: „Die Nachrichten sind keine schlechten: Eine frühere Richter in den Konzernvorstand zu berufen, die sich mit Klügelien bei Autoherstellern bereits auskennt, ist der richtige Schritt für die Volkswagen AG. Noch sind keine übermäßig großen Einbrüche der Verkaufszahlen zu verbuchen – und wenn Volkswagen rechtzeitig gegensteuert, muss es dazu vielleicht auch nicht kommen.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

Viel Geld für nichts

werden Kapitane und Navigationsexperten fehlen, die Küsten, Häfen und Kanäle kennen und uns vor Unfällen schützen. Es wird damit schwer oder unmöglich, konkurrenzfähige Seehäfen oder den Nord-Ostsee-Kanal als meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt vernünftig zu betreiben.

Maritimes Know-how ist essenziell für unser exportorientiertes Land. Wirtschaft und Politik werkeln deswegen seit Jahren an verschiedenen Fördermethoden. 60 Millionen fließen jährlich als direkte Subvention, hinzu kommt eine potenziell günstigere Gewinnbesteuerung und eine Lohnsteuer, die Reedereien von Seeleuten kassieren, aber nur teilweise an den Staat weiterleiten müssen.

Erreicht wurde damit quasi nichts. Was also sind die tatsächlichen Probleme? Zunächst einmal ist die deutsche Flagge bürokratisch: Sage und schreibe zwölf Behörden muss ein Reeder kontaktieren, bevor

er die Fahne aufpflanzen darf. Ein weiteres Absurdum ist die Stiftung „Schiffahrtsstandort Deutschland“. Gegründet zur Ausbildungsförderung, müssen Reeder einzahlen, wenn sie unter Billigflagge fahren. Die Ausbildung ist also davon abhängig, dass möglichst wenige unter deutscher Flagge fahren. Das ist purer Unsinn.

Ein Grund für das Ausfliegen sind die deutschen Lohnkosten. Die müssen wir senken. Statt bürokratischer Subventionen könnte man Seeleuten die Lohnsteuer erlassen und Sozialversicherungen durch Bundesmittel bezahlen. Die Reeder könnten auf viele bürokratische Prozeduren verzichten, und die Stiftungs-Konstruktion könnten wir uns auch sparen. Mit dem internationalen Tarif würden Seeleute genau so viel ausgezahlt bekommen wie heute. Alles zusammen würde uns nicht mal mehr kosten.

Um das durchzusetzen, bräuchte man aber einen Maritimen Koordinator in der

Bundesregierung, der etwas zu koordinieren hat. So wirr wie der Förderwust sind die maritimen Zuständigkeiten über fünf Ministerien verstreut. Der oberste Koordinator hat bei den meisten Fragen nicht mal ein Mitspracherecht. So erneuerungsbedürftig wie die Schiffahrtsförderung ist auch seine Position.

Die 9. Nationale Maritime Konferenz beginnt am Montag in Bremerhaven



Gastautorin
Valerie Wilms (61) sitzt seit 2009 für die Grünen im Bundestag. Dort ist die promovierte Ingenieurin Obfrau im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und Berichterstatterin für maritime Politik.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

WESER KURIER
BREMER ZEITUNG · UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE
unabhängig und überparteilich

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN
unabhängig und überparteilich

Bremer Tageszeitungen AG
Martinststraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefreporter Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner · Bremen:
Arno Schupp · Kultur: Iris Hetscher · Wirtschaft: Moritz Döbler
Sport: Marc Hagedorn · Regionalleitung: Peter Voith
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube
Layout: Stephan Meiniking · Redaktionelle Projekte:
Stefan Dammann · Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 31,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Tanja Bittner, Vincent Koss

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 69.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefax: 04 21 / 36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800 / 36 71 22 2
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Valerie Wilms
über die Förderung der Seefahrt

Die Förderung der deutschen Seeschifffahrt ist ein Paradebeispiel für politische Erfolglosigkeit: Es wird viel Geld ausgegeben – und nichts erreicht. Mit 1300 Euro pro Monat subventionieren wir jeden Arbeitsplatz. Leider hilft es wenig: Arbeitsplätze gehen weiter verloren, und nur noch ein Zehntel der Schiffe deutscher Reedereien hängt sich Schwarz-Rot-Gold ans Heck. Alle anderen fahren unter billigeren Flaggen.

Reeder sparen so pro Jahr und Schiff bis zu einer halben Million Euro und sängen gleichzeitig am Ast, auf dem sie sitzen. So wird es absehbar keine deutschen Seeleute mehr geben. Das kann richtig problematisch werden: Ohne deutsche Seeleute